

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 10.02.2005

öffentlich

Ort:	Ratshof, Raum 105/107 Marktplatz 1, 06100 Halle (Saale)
Zeit:	16:30 Uhr bis 19.00 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit.
2. Feststellung der Tagesordnung.
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2005
4. Information über die Umsetzung des Runderlasses des Kultusministeriums "Aufnahme in die Grundschule". Gestaltung eines bildungsfördernden Überganges in die Grundschule.
Berichterstattung: Frau Bürgermeisterin Szabados.
5. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbenennung der Stelle der Ausländerbeauftragten in der Stadt Halle (Saale).
Vorlage: IV/2004/04622
6. Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit der Stadt Halle (Saale). Vorlage: IV/2004/04589
7. 2. Lesung Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung.
Bitte Vorlage mitbringen.
Vorlage: IV/2004/04603
8. Anfragen von Fraktionen, Stadträten und sachkundigen Einwohnern.
-Beantwortung der Anfrage zum LOS Projekt Neustadt Gärten
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit.

Wortprotokoll:

Die Ausschussmitglieder werden begrüßt.
Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit werden von der Ausschussvorsitzenden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die vorliegende Tagesordnung wird angenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2005.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit einer Enthaltung.

Beschluss:

Die Niederschrift vom 11.01.2005 wird genehmigt.

zu 4 Information über die Umsetzung des Runderlasses des Kultusministeriums "Aufnahme in die Grundschule". Gestaltung eines bildungsfördernden Überganges in die Grundschule. Berichterstattung: Frau Bürgermeisterin Szabados.

Wortprotokoll:

Frau Szabados informiert über den Runderlass und erläutert Neuerungen bei der Aufnahme in die Schule.

Der Übergang vom Kindergarten zur Schule soll stärker als Prozess begriffen und gestaltet werden.

In diesem Prozess sind Schulen und Kindergärten als BeraterInnen, VermittlerInnen und DienstleisterInnen für Familien gefragt. Es geht bei dieser Kooperation nicht um einen bürokratischen Akt, sondern um eine an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern ausgerichtete Prozessgestaltung. Die zielgerichtete Umsetzung von „Bildung elementar“.

Die schulärztliche Untersuchung, die vom Fachbereich Gesundheit/ Veterinärwesen als Pflichtaufgabe (Schuleingangsuntersuchung) durchzuführen ist, liegt jetzt ein Jahr vor der Einschulung.

Neu ist dabei auch die Kooperation mit Kindergarten und Grundschule. Die Zeit soll genutzt werden um z.B. gesundheitliche Defizite auszugleichen und oder Lern- und Förderbedarf zu ermitteln. Dazu sollen individuelle Förderpläne aufgestellt werden.

In Halle hat dazu bereits am 21.01.05 eine Veranstaltung im Stadthaus, mit allen Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, unter Beteiligung des Kultusministeriums und des Landesverwaltungsamtes stattgefunden.

Frau Szabados weist auf die Fachtagung „Lokales Bündnis für Bildung“ am 15.02.05 in Halle hin, u.a. unter Beteiligung des Sozialministers. Einladungen sind an alle Fraktionen verschickt.

In der Stadt Halle verläuft der Prozess der Umsetzung gut und koordiniert.

**zu 5 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zur Umbenennung der Stelle der Ausländerbeauftragten in
der Stadt Halle (Saale).
Vorlage: IV/2004/04622**

Wortprotokoll:

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, in Fortsetzung der letzten Beratung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses, nochmals kurze Stellungnahmen zum Antrag vorzunehmen.

Frau Ilse weist auf zwei Aspekte hin. Laut Stadtratsbeschluss ist ein Integrationsnetzwerk umzusetzen und die Umbenennungen finden bundesweit statt.

Herr Dr. Diaby bestätigt ebenfalls den bundesweiten Trend zu Integration. Der Ausländerbeirat stimmt der Umbenennung zu. Begrifflichkeit „Ausländer“ soll in Halle durch „Integration“ abgelöst werden.

Frau Schneutzer in Konzept, Netzwerk und Bericht wird von Integration gesprochen. Für Finanzanträge sind Integrationsprojekte wichtig. Es besteht der Auftrag zur Integration

Zudem sind Ausländer sprachlich „außen“, durch die Umbenennung soll Integration auch sprachlich verdeutlicht werden.

Herr Czock fragt ob die Umbenennung Geld kostet. **Frau Szabados** verneint diese Frage.

Frau Szabados informiert dass sie, nach der letzten Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses, an einer Sitzung des Ausländerbeirates teilgenommen hat. Dort wird die Umbenennung begrüßt.

Frau Schneutzer erklärt auf Nachfrage, dass auch ausländische Studenten thematisch einbezogen werden. Dabei gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen Herrn Prof. Borg, Herrn Pichler und Studierenden.

Herr Czock fragt ob es nicht ausreicht die Stellenbeschreibung bezüglich des Integrationsgedankens zu ändern.

Frau Szabados erläutert, dass aus den Aufgaben in der Stellenbeschreibung die Umbenennung abgeleitet wurde. Frau Szabados unterstützt den Antrag.

Frau Schmotz weist darauf hin, dass der gesellschaftlichen Entwicklung von Anfang der 90ziger Jahre bis heute Rechnung getragen werden muss und daher ein erneuter Stadtratsbeschluss herbeigeführt werden muss.

Abstimmungsergebnis:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Ja	1
Nein	2
Enthaltung	1

Stadträtinnen und Stadträte

Ja	7
Nein	0
Enthaltung	2

Beschluss:

Dem Antrag wurde mehrheitlich **z u g e s t i m m t**.

zu 6 Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit der Stadt Halle (Saale). Vorlage: IV/2004/04589

Wortprotokoll:

Es werden von den Ausschussmitgliedern folgende Punkte in der Diskussion hinterfragt.

- 4.1. Das Nutzungsverhalten von Wärmestube, Telefonseelsorge und Bahnhofsmision wird diskutiert. Es herrschte Zustimmung, dass eine Nutzung überwiegend, jedoch nicht ausschließlich, von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Halle vorliegt.
- 5.3. Zur Förderung der Selbsthilfe, gibt es trotz sehr geringer Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt, keine Veränderung zum Vorjahr.
Selbsthilfegruppen sind keine Vereine, dennoch zuwendungsberechtigt. Fördermittel werden daher von Privatpersonen über das persönliche Konto angenommen. Der Nachweis über eine zweckgebundene Verwendung ist selbstverständlich zu erbringen und wird kontrolliert. Als praktische Beispiele für die Mittelverwendung einer Selbsthilfegruppe werden Verbrauchsmaterialien sowie Fahrt- und Telefonkosten angeführt.

- 6.10 „Die Zuwendung ist zurückzuzahlen...“ Die Formulierung der Passage basiert auf gesetzlichen Vorschriften, da Zuwendungsrecht gilt und keine vertragliche Regelung vorliegt. **Herr Schneller** bestätigt, dass kontrolliert wird und Rückforderungen bei Nichtverbrauch erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Ja	4
Nein	0
Enthaltung	0

Stadträtinnen und Stadträte

Ja	9
Nein	0
Enthaltung	0

Beschluss:

Der Vorlage wurde einstimmig **z u g e s t i m m t**.

**zu 7 2. Lesung Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das
Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung.
Vorlage: IV/2004/04603**

Wortprotokoll:

Frau Szabados erläutert, dass sich diese Veränderungen, die wie zugesagt schriftlich zusammengefasst wurden, sich auf Grundlage der Gesetzesänderungen ergeben haben.

Frau Schmidt verteilt die Zusammenfassung der Veränderungen im Haushalt 2005 der Fachbereiche Gesundheit (53) und Soziales (50).

Anhand des vorliegenden Haushaltsplans werden die einzelnen Positionen besprochen.

Alle Nachfragen der Ausschussmitglieder werden in der Diskussion von **Frau Schmidt** und **Herrn Schneller** schlüssig beantwortet.

Es bestand, insbesondere von **Herrn Godenrath** der Wunsch, verschiedene Sachverhalte schriftlich zu erhalten. Die Verwaltung stellt die gewünschten weiterführenden Auskünfte zur Verfügung.

Den Ausschussmitgliedern werden die folgenden Unterlagen schriftlich mit dem Protokoll zugesandt:

- Übersicht zu Personalkosten im GB V (da noch kein Endstand bitte Erstellungsdatum berücksichtigen)
- Zuweisung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur ARGE SGB II in Halle

- Liste der zu finanzierenden Leistungen - Übersicht zu Haushaltskonsolidierungsbeiträgen

Herr Godenrath fragt zum Stand der Anfrage von Frau Schmotz beim ZGM, bezüglich des Zustandekommens von Bewirtschaftungskosten für den Fachbereich 39, nach.

Frau Schmotz informiert über die schriftliche Antwort durch das ZGM. Die Antwort bringt nicht die gewünschte Klarheit. Das Schreiben wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnisgegeben und dem Protokoll beigefügt.

In diesem Zusammenhang informiert **Frau Schmotz** über die Antwort von Herrn Funke zur Abordnung einer Mitarbeiterin im FB Gleichstellung (Schreiben als Protokollanlage).

Abstimmungsergebnis:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Ja	4
Nein	0
Enthaltung	0

Stadträtinnen und Stadträte

Ja	8
Nein	0
Enthaltung	1

Beschluss:

Der Vorlage wurde mehrheitlich **z u g e s t i m m t**.

zu 8 Anfragen von Fraktionen, Stadträten und sachkundigen Einwohnern. - Beantwortung der Anfrage zum LOS Projekt Neustadt Gärten

Wortprotokoll:

1. Neustadt-Gärten

Frau Szabados erläutert das über LOS geförderte Projekt. Zusätzlich wird eine Tischvorlage ausgegeben.

Kultur/Block e.V. - Forum für Kunst und Kultur in Halle-Neustadt initiiert Möglichkeiten, den momentanen Leerstand als zeitweilige Ressource zu nutzen und ist damit ein Bestandteil des angemahnten Strukturwandels.

Es wird dabei auf die Mitwirkung der Bewohner gesetzt. Es handelt sich um ein Nachbarschaftsmodell, das den Gemeinsinn vor Ort stärken soll. Der Kultur/Block e.V. möchte am Niedersachsenplatz in Halle Neustadt die durch Abriss im August 2004 freiwerdende Fläche mit den Anwohnern zu einer Gartenfläche entwickeln. Das Vorhaben trägt den Titel „Neustadt-Gärten“.

„Neustadt-Gärten“ ist ein einfach zu nutzendes Angebot für interessierte Bürger.

Herr Kupke fragt nach, wem die Flächen privatrechtlich gehören.

Frau Szabados informiert, dass der derzeitige Eigentümer der Flächen, der Wohnungsgenossenschaft Leuna e. G. ist. Die „in Besitznahme“ passiert im ideellen Sinne. Die Flächen werden von Bürgerinnen und Bürgern genutzt jedoch sind sie nicht Besitzer im juristischen Sinn. Die noch städtischen Flächen werden mit der Wohnungsgenossenschaft getauscht.

Frau Wolff informiert, dass diese Projekt im Gestaltungsbeirat als sehr positiv bewertet wurde.

2. Umsetzung der „Hartz IV-Gesetze“

Frau Ute Haut hat eine umfangreiche schriftliche Anfrage von 16 Fragen an die Verwaltung gerichtet.

Frau Szabados kann zum Großteil der Fragen keine Angaben machen, da die Datenbank der Agentur für Arbeit noch nicht aussagefähig ist. Folgende Fragen werden beantwortet:

15. Wer ist verantwortlich für die Zahlung des Taschengeldes von Untersuchungshäftlingen?

Herr Schneller meint, dass die derzeitige Haltung der BA an U-Häftlinge keinen Barbetrag zur Bestreitung persönlicher Bedürfnisse zu gewähren problematisch ist, da sich diese Haltung mit der (weitergeltenden) BSHG-Rechtsprechung nicht vereinbaren lässt. Unstrittig sei aber die Zuständigkeit nach SGB II und damit der ARGE. **Herr Schneller** rechnet mit einer baldigen Klärung durch die Sozialgerichte.

16. Wird das ALG II bei Krankheit über 6 Wochen weiter gezahlt, wenn eine Familienversicherung besteht?

Diese Frage wird von **Herrn Schneller** bejaht.

3. Pakte für Arbeit

Frau Tomczyk-Radj hat im Rahmen einer Veranstaltung erfahren, dass über das Förderprogramm *Pakte* noch Geld zur Verfügung steht.

Frau Szabados informiert, dass der Bereich Wirtschaftsförderung bzw. der Ausschuss für Wirtschaftsförderung für *Pakte* zuständig ist. Anträge sind dort zu stellen. Der Teilbereich LOS (lokales Kapital für soziale Zwecke) den Frau Szabados überblickt, ist umfassend ausgeschöpft.

4. Klärung eines Sachverhaltes

Frau Ute Haut hat eine Brief von Frau Leps von der Landesdolmetscher Zentrale erhalten. Es geht um einen Widerspruch zu Fördermodalitäten. Das Schreiben wird zwecks Klärung Herrn Schneller übergeben.

5. Aktueller Stand Umsetzung SGB II

Frau Szabados sagt zu, dem Protokoll eine Übersicht beizufügen, aus welchen Fachbereichen Personal in die ARGE gewechselt ist.

zu 9 Mitteilungen

Wortprotokoll:

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08
